

Engagement-Strategie Baden-Württemberg

Vorbemerkung der Übersetzer

Eher gebräuchliche Begriffe wie „Engagement“ wurden nicht übersetzt.

Sie werden aber im Glossar (Erklärung der fremden Wörter) übernommen.

Hier findet man auch die Erklärungen von Abkürzungen, die wir verwendet haben.

Theo Kaufmann & Gabi Simon-Kaufmann

Im Baumstückle 10, 71334 Waiblingen

Glossar (Erklärung der fremden Wörter)

Akteur	handelnde Person
Analyse	genaue Untersuchung eines Sachverhalts
BE	Bürgerschaftliches Engagement
Bürokratie	an die gesetzlichen Vorschriften halten ohne den augenblicklichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen
BW	Baden-Württemberg
CSR	Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft
Diskussion	Meinungsaustausch
Engagement	Einsatz für eine Sache

Experte	Fachmann
FET	Forschungs- und Entwicklungsteam
finanziell	die Geldmittel betreffend
Gesellschaft	Eine Gruppe von Menschen, die unter bestimmten Bedingungen und nach einer bestimmten Ordnung zusammenleben. Im Text sind die Menschen in Baden-Württemberg gemeint.
Gremium, Gremien	Eine Gruppe von Menschen, die sich mit einem wichtigen Anliegen befasst.
Idee	hier: ein Leitbild, an dem man sich orientiert
Inklusion	Jeder Mensch erhält die Möglichkeit, sich vollständig und gleichberechtigt in allen Bereichen des Lebens zu beteiligen.
Integration	hier: Eingliederung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in unsere Gesellschaft.
inter-kulturell	die Beziehungen zwischen den verschiedenen Kulturen betreffend
Kampagne	gemeinschaftliche, groß angelegte, aber zeitlich

	begrenzte Handlung
Kommune	Gemeinde
Kultur	Gesamtheit der geistigen, künstlerischen und gestaltenden Leistungen einer Gemeinschaft.
Legitimation	Rechtmäßigkeit
Methode	Art und Weise, wie man vorgeht
Migration / Migrant	Zuwanderung / Zuwanderer
Ministerium, Ministerien	oberste Behörde eines Staates
Netzwerk	hier: Verbindung zwischen Gruppen (zum Beispiel Regierung, Verbände, Gemeinden)
Praxis	hier: Durchführung einer Tätigkeit
Projekt	Plan, Vorhaben
Profi	Fachmann
Prozess	Verlauf, Ablauf
Qualifizierung	Vorgang zur Erlangung von Fähigkeiten, um eine bestimmte Aufgabe oder Anforderung erfüllen zu

	können.
Qualität	hier: Wert
regional	ein bestimmtes Gebiet betreffend
sozial	hier: gemein-nützig
Strategie	grundsätzliche, langfristige Verhaltens-weise
Team	Gruppe von Personen, die eine gemeinsame Aufgabe haben.
Toleranz	Anders-artigkeit aushalten
Tradition	Brauch, Gepflogenheit
Träger	Eine Organisation, die Personen, Gelder und Dinge für soziale Hilfen zur Verfügung stellt.
Transparenz	hier: Deutlichkeit, Verstehbarkeit
usw.	und so weiter
Vision	Idee für eine bessere Zukunft
Wahlrecht, aktiv	wählen dürfen
Wahlrecht, passiv	gewählt werden dürfen
Welfare-Mix	Vielzahl von Organisationen, staatlichen Behörden, Betrieben und Personen, die für ein soziales Miteinander verantwortlich sind.

Geleitwort

von Sozial-Ministerin Katrin Altpeter

Es gibt schöne Beispiele
für ehrenamtliches Engagement.
Aber diese Beispiele sind noch zu selten.
Mein Ziel ist es, dass es bald ganz viele gibt.
Wir sind dabei zu lernen,
dass wir unsere **Gesellschaft**
gemeinsam gestalten müssen.
Wir wollen Bedingungen schaffen,
dass das Mitwirken von Bürgern
in unserem Land flächen-deckend wird.
Über 100 Beteiligte haben Empfehlungen
für die „Engagement-**Strategie**
Baden-Württemberg erarbeitet.
Ich bin stolz auf das Erreichte.
Wir haben viele Maßnahmen erarbeitet,
die hilf-reich, **praxis**-tauglich
und zukunfts-fähig sind.
Ich danke allen, die mitgearbeitet haben.
Mein besonderer Dank gilt den Personen,
die diesen Text erstellt haben. Es sind dies:
- Frau Professor Dr. Sigrid Kallfaß
- Herr Wolfgang Hinz-Rommel
- Herr Professor Dr. Thomas Klie
- Herr Martin Müller
- Herr Professor Dr. Paul-Stefan Roß
Sie haben die vielen Vorschläge
zu Empfehlungen zusammen-gefasst.
Mein Dank gilt auch anderen Mitgliedern
der Redaktionsgruppe:
- Frau Katrin Alle
- Frau Nele Hinderer
- Herr Professor Dr. Ralf Vandamme
Ganz besonders danke ich der
Baden-Württemberg-Stiftung,
die dieses Vorhaben **finanziell** unterstützt hat.

A. Die **Idee** der Engagement-**Strategie**

Entstehung der **Idee**

Eine der wichtigsten Aufgaben von Landespolitik und Organisationen, die sich um **Soziales** kümmern, ist es, eine **sozial** lebendige Gesellschaft zu schaffen und eine Gesellschaft, die zusammen-hält. In der Landes-**Netzwerk**-Konferenz haben sich die Teilnehmer verpflichtet, die Ergebnisse und Empfehlungen mitzutragen.

Wozu brauchen wir eine „Engagement-Strategie“?

In Baden-Württemberg engagieren sich 41% der Menschen ehrenamtlich für andere. In ländlichen Gebieten gibt es aber leider einen Rückgang. Erfreulich ist, dass sich 34% der Menschen, die noch nicht ehrenamtlich tätig sind, sich vorstellen können, sich zu engagieren. Aber sie tun es noch nicht. Wir müssen deshalb Hindernisse beseitigen.

Was brauchen die Beteiligten?

Wir haben uns überlegt, was die Menschen brauchen, damit sie sich ehrenamtlich engagieren. Und wir haben uns überlegt, was das Land, die Gemeinden und die freien **Träger** brauchen, damit sie bürger-schaftliches Mitwirken fördern können.

Ziele der „Engagement-Strategie Baden Württemberg“

Wir wollen besonders Gruppen
in den Blick nehmen,
die sich bisher noch kaum engagiert haben.
Besonders berücksichtigt werden soll
das Engagement von Menschen,
die aus den verschiedensten **Kulturen** kommen.
Wir wollen *neue* Ehren-amtliche gewinnen.
Und wir wollen die Gebiete ausbauen,
in denen man sich engagieren kann.
Die **Ministerien** und die ehrenamtlichen „**Akteure**“
wollen *gemeinsam* daran arbeiten.
Der Grund dafür:
Wir wollen Doppelungen vermeiden.
Und wir wollen unsere menschlichen
und finanziellen Mittel dort bündeln,
wo es Nachhol-Bedarf gibt.

Beteiligungs-Prozess zu einer „Engagement-Strategie Baden-Württemberg

Wir nehmen gezielt Erfahrungen auf,
die in anderen Bundes-Ländern
und in unserem Staat gemacht wurden.
Wir wollen uns
an folgende **Qualitäts**-Merkmale halten:
- **Transparenz**
- Teilhabe
- politische **Legitimation**
Wir wollen die gewonnenen Erkenntnisse,
Ergebnisse und Empfehlungen
in regelmäßigen Abständen
von Fachleuten überprüfen lassen.

Wir haben uns zunächst einmal auf 5 Zielgruppen geeinigt:

- Menschen mit Einwanderungs-Geschichte
- Menschen mit Behinderungen
- ältere Menschen
- Jugend
- Unternehmen, die einen Schwerpunkt auf das Engagement für Andere legen

In unserer Arbeit

legen wir besonderen Wert darauf, die ungleiche Mitarbeit in den Bevölkerungsgruppen auszugleichen.

Arbeits-weise und Arbeits-auftrag an die Teams, die forschten und die Strategie entwickelten (Forschungs- und Entwicklungsteams: kurz FETs)

Die Teams sollten so vorgehen:

- Bestandsaufnahme (was es schon gibt)
- Visionen (Ideen für eine bessere Zukunft)
- Handlungs-Empfehlungen

Bürger-schaftliches Engagement

Der Einsatz für andere oder der Einsatz für eine Sache hat viele Namen.

Wir verwenden den Begriff

Bürger-schaftliches Engagement (kurz BE)

Das bürgerschaftliche Engagement

will Folgendes fördern:

- weniger Ab-hängig-keit
- Teil-habe
- Zusammen-gehörigkeit

Die Merkmale

von bürgerschaftlichem Engagement sind:

- Engagement ist freiwillig
- Engagement ist direkt oder indirekt
- Engagement ist nicht privat

Tätigkeiten für Geld beim bürger-schaftlichen Engagement

Unter „ehren-amtlich“ versteht man eigentlich,
etwas ohne Geld zu tun.

Es ist aber normal geworden,
dass man für sein Ehrenamt auch Geld bekommt.

Wichtigste Begründung für Geld-Zahlungen:

- Linderung von Not bei den Engagierten.
- Begründungen gegen Geld-Zahlungen:
- In einer Einrichtung bekommt man Geld,
in einer anderen Einrichtung nicht.
 - Wenn mit Geld-bezahlen begonnen wurde,
kann man es nur schwer wieder zurücknehmen.
 - Die Engagierten haben
keine Mit-bestimmungs-rechte
 - für niedrige Bezahlung kann man
keine **Profi**-arbeit verlangen.

Es gibt zwei Haupt-Formen
der Tätigkeiten für Geld:

- Erstattung von tatsächlich entstandenen Kosten
Zum Beispiel: Fahrgeld
- Problematisch sind Zahlungen nach Stunden,
weil sie der normalen
Erwerbs-tätigkeit nahe kommen.

Die Förderung von Engagement,
darf nicht dazu führen,
dass bedenk-liche Arbeits-verhältnisse ent-standen.

Bürger-schaftliches Engagement als Kraftquelle

Im Bürger-schaftlichen Engagement kann man die Achtung der Gemeinschaft gewinnen.

Wer plötzlich aus der Arbeits-welt herausfällt, ist entweder körperlich geschwächt, seelisch krank oder hat die Altersgrenze erreicht. Bei manchen Menschen schwindet das Selbst-wert-geföh.l Manche schämen sich auch. Dadurch wird es schwerer, sich zu engagieren. Diese Menschen ziehen sich aus der Öffent-lich-keit zurück. Bürger-schaftliches Engagement kann helfen, wieder einen Platz in der Gemeinschaft zu finden.

Man sollte frühere Einstellungen verändern:
- Früher: Im Alter ist man passiv und ruht sich aus.
Heute: Gewonnene Zeit kann aktiv genutzt werden.

Die vielfältigen Stärken sehen

Wir wollen Menschen gewinnen, die sich noch wenig oder gar nicht engagieren. Gründe dafür können sein:
- wenig gebildet zu sein
- einen Einwanderungs-Geschichte zu haben
- eine Behinderung zuhaben
Wir wollen dazu beitragen, dass man bei diesen Menschen weniger die Schwächen, sondern mehr ihre Stärken sieht. Das bedeutet auch, dass das *Lernen* wichtiger ist als der Erfolg oder das Gelingen.

Teil-habe

Die Teil-habe zu fördern ist unser Bildungs-auftrag.
Die Engagierten
müssen befähigt werden.
Die Zahl der Engagierten soll höher werden.
Bürgerschaftliches Engagement ist „politisch“.
Damit ist gemeint, dass man sich
in die Angelegenheiten ein-mischt.
Dieser politische Teil ist *aus-drücklich*
Teil der Engagement-Förderung.

Sozial-Räume zu Engagement-Räumen machen

Ein „Sozial-Raum“ ist ein Raum,
in dem sich Menschen regelmäßig treffen.
Wir wollen fördern, dass sich Menschen
in diesen Räumen vermehrt begegnen.
Wir müssen uns fragen:
- Wo halten Menschen sich auf?
- Wo begegnen sie sich?
- Wie können neue Sozial-Räume ent-stehen?

Bürger-gesellschaft

Eine bürgerliche Gesell-schaft hat folgende
Bedeutungen:
- Zum Bei-spiel Vereine
die organisieren sich nämlich selbst
- Zum Beispiel der Staat,
der dafür sorgt, dass es
diese bürgerlichen Selbstorganisationen gibt.
- Dort gelten demokra-tische Regeln.
Z.B. **Toleranz**, Achtung vor der Meinung anderer,
Gewalt-freiheit, Teil-habe aller Gruppen
in der Gesell-schaft.

Der Staat hat folgende Aufgaben:

- Er muss dafür sorgen, dass es Engagement gibt, das sich selbst organisiert.
- Menschen-rechte durch-zu-setzen
- darauf aufzupassen, dass man sich am Wohl aller ausrichtet
- Er muss die Teil-habe aller Gruppen fördern.
- Die Engagierten müssen für alle Gruppen und Themen offen sein.

Nur *die* Vorhaben werden gefördert, die sich an den oben genannten Grundsätzen ausrichten.

Die Berichte der Forschungs- und Entwicklungs-Teams

In den einzelnen Teams wirkten mit:

FET Unternehmerisches Gesellschaftliches Engagement

Ralf Baumgarth, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Heidelberg
Steffen Heil, Institut für Social Marketing, Stuttgart
Karl-Hans Kern, Caritas CSR-Kompetenzzentrum, Stuttgart
Martin Müller (Moderation), Städtetag Baden-Württemberg, Stuttgart
Jürgen Rohleder, VHS Rottenburg, Rottenburg
Günther Schmid, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart
Prof. Dr. Ursula Weber, DHBW Stuttgart, Stuttgart

FET Pflege und Engagement

Silke Autenrieth, Sozialministerium Baden- Württemberg, Stuttgart
Werner Geisser, Landratsamt, Waiblingen
Inge Hafner, Landratsamt Esslingen
Prof. Dr. Thomas Klie (Moderation), AGP- Sozialforschung, Freiburg
Josef Martin, Arbeitsgemeinschaft des Bürgerschaftlichen Engagements e.V. (ARBES), Stuttgart
Dr. Joachim Rückle, Leiter der Abt. Theologie u Bildung Diakonisches Werk Württemberg, Stuttgart

Dennis Schällicke, AWO Baden, Karlsruhe

Peter Schmeiduch, Sozialministerium Baden- Württemberg,
Karlsruhe

Günther Schmid, Wissenschaftliche Begleitung Institut für Social
Marketing GmbH, Stuttgart

Iren Steiner, Agentur "Pflege engagiert", Weilheim

Sven Walter, Baden-Württemberg Stiftung gGmbH, Stuttgart

Elvira Walter- Schmidt, Arbeitsgemeinschaft des
Bürgerschaftlichen Engagements e.V. (ARBES), Willstätt-
Hesselhurst

FET Alter und Engagement

Ute Drews, ARBES Mentorenverbund, Lörrach

Birgit Faigle, Landesseniorenrat BW e.V., Stuttgart

Werner Geisser, Landratsamt Rems-Murr,, Waiblingen

Claudia Grosser, Diakonie Baden, Karlsruhe

Inge Hafner, Landratsamt Esslingen, Esslingen

Janine Hartung, Diakonie Baden- Württemberg, Karlsruhe

Gabriella Hinn, BaS, Bonn

Peggy Hoffmann, BMFSFJ, Referat 31 (Grundsatzfragen,
Seniorenpolitik), Stuttgart

Bodo Kleineidamm, Netzwerk für Senior-Internet-Initiativen
Baden-Württemberg e.V., Böblingen

Prof. Dr. Thomas Klie (Moderation), AGP- Sozialforschung,
Freiburg

Martin Link, Paritätisches Bildungswerk Landesverband Baden-Württemberg, Stuttgart

Dr. Joachim Rückle, Leiter der Abt. Theologie u Bildung
Diakonisches Werk Württemberg, Stuttgart

Günther Schmid, Wissenschaftliche Begleitung Institut für Social Marketing GmbH, Stuttgart

Sven Walter, Baden-Württemberg Stiftung gGmbH, Stuttgart

Elvira Walter- Schmidt, Arbeitsgemeinschaft des
Bürgerschaftlichen Engagements e.V. (ARBES), Willstätt-
Hesselhurst

FET Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Stefan Anderer, Württ. Landessportbund e.V., Stuttgart

Klaus-Peter Böhringer, Miteinander leben e.V., Pforzheim

Mailin Dienes, KVJS Sozialplanung, Investive Förderung,
Stuttgart

Michael Eisele, Badischer Behinderten- u.
Rehabilitationssportverband e.V., Baden-Baden

Thomas Feistauer, Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung
e.V., Stuttgart

Thomas Fick, Behinderten-Förderung Linsenhofen e.V.,
Oberboihingen

Johannes Fuchs, Kommunaler Suchtbeauftragter Landkreis
Konstanz, Konstanz

Thomas Hoffmann, Diakonisches Werk Württ., Stuttgart

Prof. Dr. Sigrid Kallfaß (Moderation), Steinbeis Zentren
Sozialplanung, Qualifizierung und Innovation, Meersburg

Ramona Koch, Behinderten-Förderung Linsenhofen e.V.,
Oberboihingen

Susanne Lechler, Stadt Stuttgart Abt. Sozialleistungen, Stuttgart

Volker Lewedey, Landratsamt Rottweil, Rottweil

Jutta Pagel-Steidl, Landesverband f. Menschen m. Körper- und
Mehrfachbehind. BW, Stuttgart

Johann Radak, AG Barrierefreiheit Rhein-Neckar e.V.,
Mannheim

Britta Schade, ABS-Zentrum Selbstbestimmt Leben e.V.,
Stuttgart

Bernd Schatz, Diakonisches Werk Württ., Stuttgart

Heinrich Schaudt, AG Barrierefreiheit Rhein-Neckar e.V.,
Mannheim

Rolf Schnepf, Landratsamt Rastatt, Rastatt

Annerose Siebert, Hochschule Ravensburg-Weingarten,
Weingarten

Andrea Stratmann, Gemeinnützige Wohn- und Werkstätten
GmbH, Gärtringen

FET Jugend und Freiwilligendienste

Susanne Alt, Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-
Württemberg e.V. (AGJF), Stuttgart

Nicole Agoston, Jugendstiftung Baden-Württemberg, Sersheim

Uwe Buchholz, Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e.V., Stuttgart

Martin Burger, Evangelisches Jugendwerk in Württemberg (ejw), Stuttgart

Dörte Conradi, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Stuttgart

Martin Conz, Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, Stuttgart

Gerd Fiess, Arbeitsgemeinschaft des Bürgerschaftlichen Engagements e.V. (ARBES), Stuttgart, Stuttgart

Julian Göttlicher, Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (LKJ), Stuttgart

Janin Hartung, Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Württemberg e. V.

Wolfgang Hinz-Rommel (Moderation), Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Württemberg e. V., Stuttgart

Richard Hunsicker, Engagement für berufliche Bildung e.V., Sigmaringen

Christa Kertsch, Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, Stuttgart

Arno Kunz, Landesjugendring, Stuttgart

Dr. Matthias Molt, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Stuttgart

Rita Pehlke-Seidel, Stadt Herrenberg/FaLBE, Herrenberg

Matthias Reuting, Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Baden-Württemberg und Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V. (Ausschuss Kinder, Jugend und Familie), Stuttgart

Bernd Röber, Landessportverband Baden-Württemberg, Stuttgart

Thomas Schaaf, Landesverband Badisches Rotes Kreuz, Freiburg

Micha Schradi, Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände (AGL), Blaubeuren

Thomas Steigmiller, Arbeitskreis Freiwilliges soziales Jahr in Baden-Württemberg, Stuttgart

FET Engagement in einer Gesellschaft der Vielfalt

Andreas Buller, Ministeriums für Integration Baden-Württemberg, Stuttgart

Hans-Jörg Eckardt, Landesseniorenrat BW e.V., Stuttgart

Müserref Gündogdu, NISA Frauenverein e.V., Sindelfingen

Reinhold Halder, Stabsstelle BE Stadt Stuttgart, Stuttgart

Herbert Hoffmann, Anlaufstelle BE Stadt Dietzingen

Ali Ipek, DITIB, Stuttgart

Bistra Ivanova, Landesjugendring Baden-Württemberg e. V., Stuttgart

Nelli Joos, Aussiedler helfen Aussiedler e. V., Schwäbisch Gmünd

Josef Minarsch-Engisch, Diakonisches Werk BW, Stuttgart

Klaus Otto, Landesverband Gartenfreunde BW e.V., Stuttgart

Jörg Sander, Stadtjugendring Stuttgart, Stuttgart

Prof. Dr., Paul-Stefan Roß (Moderation), Duale Hochschule
Stuttgart, Stuttgart

Julia Sandmann, Landessportverband BW e.V., Stuttgart

Karin Schwab, Institut für angewandte Sozialwissenschaften,
Stuttgart

Gökay Sofuoglu, TGBW, Stuttgart

Iren Steiner, Institut für angewandte Sozialwissenschaften,
Stuttgart

Engagement in einer Gesellschaft der Vielfalt

In den ersten **Diskussionen** wurde folgende
Änderungen gewünscht.

„Menschen mit **Migrations**-Hintergrund“
sollen jetzt so bezeichnet werden:

- „Menschen
mit verschiedenen kulturellen Wurzeln“
- „Menschen
mit Zuwanderungsgeschichte“

Was es bisher schon gibt

A. Wichtige Erkenntnisse

a) „`Engagement´ gibt es in allen `Kulturen´“

b) *Weil Menschen unter bestimmten Worten
etwas anderes verstehen,
redet man oft aneinander vorbei.*

Es gibt zum Beispiel
für das deutsche Wort „Ehrenamt“
in keiner uns bekannten Sprache
ein Wort mit genau der selben Bedeutung.

c) *Es gibt Gemeinsamkeiten
über alle **Kulturen** hinweg*

- Gründe, sich zu engagieren oder eher nicht
- Erwartungen und Gründe,
sich zu engagieren
- „Vor-bilder“ haben eine große Bedeutung.
- Junge Menschen engagieren sich anders,
als ältere Menschen.

d) *Über Unterschiede muss gesprochen werden.*

Das ist natürlich nicht einfach.

Trotzdem ist es wichtig,

Unterschiede zum Thema zu machen.

Es gibt folgende wichtige Unterschiede:

- die Bedeutung der öffentlichen Räume (Jugendhaus, Senioren-Treff usw.)
- Unterschiedliche Engagement-Orte
- Der Wert von Engagement wird unterschiedlich gesehen.
- Die Gründe, sich zu engagieren sind unterschiedlich.
- Unterschiede im Grad der Organisation von Engagement. Das geht vom spontanen Handeln bis zum genau geregelten Engagement.
- Die Rolle des Staates wird unterschiedlich gesehen. Manche Menschen mit Zuwanderungsgeschichte denken beim Wort „Staat“ an Obrigkeit und an Kontrolle.

e) Aufgaben, wie zum Beispiel die Betreuung von älteren Menschen, sind für manche Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Aufgabe des Staates oder der Familie und keine Aufgabe für Freiwillige.

Weitere Dinge, die für Unterschiede sorgen, sind:

- ob man zur ersten, zweiten oder dritten Einwanderungs-generation gehört
- ob man wegen Arbeits-suche, Flucht oder Vertreibung nach Deutschland gekommen ist
- ob man sich als Frau oder als Mann beteiligt

Das Zugehörigkeits-Gefühl von **Migranten ist brüchig**

Menschen, deren Eltern oder Großeltern schon hier aufgewachsen sind, denken, dass sie „dazu gehören“. Man möchte in Deutschland bleiben. Leider gibt es aber Deutsche, die ihnen zeigen, dass sie nicht dazu gehören.

Manche Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nehmen das gelassen hin, andere fühlen sich tief verletzt.

Das führt immer wieder zu Missverständnissen und verhindert Gespräche.

Folgen für die Behandlung des Themas

Wir halten es für wichtig, dass man die Bevölkerung nicht in Deutsche oder Zuwanderer einteilt;

Wir halten es für wichtig, dass man nicht von deutscher, türkischer, russischer Kultur oder Teilhabe spricht.

B. Was Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte begünstigt

Wir möchten gerne eine Gesellschaft, in der Vielfalt angenommen und anerkannt wird. Es gibt 4 Punkte für ein Engagement für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte:

1. - Je größer die politische und **soziale** Sicherheit einer **Gesellschaft** ist, desto höher ist die Bereitschaft der Menschen, sich zu beteiligen.
 - Die Bereitschaft des Menschen mitzuwirken, ist abhängig von Einkommen, Bildung und seiner **sozialen** Einstellung.
2. – Es muss den Menschen einfach gemacht werden, sich zu beteiligen.
Zum Beispiel durch Stellen, an die man sich wenden kann oder Ansprechpersonen.

- Gute Erfahrungen im Familien- oder Freundeskreis begünstigen die Bereitschaft mitzuwirken.
- 3. – Alle Menschen müssen die gleichen Möglichkeiten haben.
 - Verantwortliche in Ämtern müssen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte behilflich sein.
 - Das Einkommen muss gesichert sein.
 - In Ämtern und in der Gemeinde sollen mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte beschäftigt werden.
- 4. – Zeitungen und andere Medien sollen positiv über das Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte berichten.
 - Stiftungen sollen das Engagement mit Geld unterstützen.
 - Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die sich schon länger engagieren, sollen als Vorbild herausgestellt werden.
 - Besonders in Kindertagesstätten und Schulen sollen Möglichkeiten geschaffen werden, sich zu beteiligen.

Die eigene Zuwanderungsgeschichte hat großen Einfluss auf das persönliche Engagement.

Ziele

„Wir schaffen es nur gemeinsam.“

Eine warmherzige **Gesellschaft** entsteht, wenn alle Menschen gleich anerkannt sind.

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sollen sagen können: Ich bin wer, ich habe etwas zu geben.

„Unsere Vergangenheit war nicht dieselbe, aber unsere Zukunft schon.“

Aus den Unterschieden entsteht ein „gemeinsames Bild von Deutschland“.

Ausblick und Empfehlungen

A) Grundsätzliches

Menschen sollen sich engagieren können, wo und wie sie es gerne möchten.

B) Praktische Beispiele

1. – Gemeinden oder Stadtteile sind die Orte, wo Teilhabe stattfindet.
 - Unterstützung von vielfältigen Formen und Orten des Engagements.
2. - Angebote von Sportvereinen oder Wohlfahrtsverbänden usw. für alle dauerhaft zugänglich machen.
3. – Ansprechstellen, **Netzwerke** usw. sollen zusammengeführt und ausgebaut werden.
 - „Brückenpersonen“ sollen gezielt gefördert und geschult werden.
4. – Die Fähigkeiten und Fertigkeiten von Menschen mit internationalen Wurzeln sollen gewürdigt und gestärkt werden.
5. – Untersuchungen zu Beweggründen von Engagement bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sollen durchgeführt werden.
 - Erfahrungen aus anderen Ländern ausgewertet werden, besonders aus den Herkunfts-Ländern, aus denen viele Menschen nach Deutschland zuwandern.

Pflege und Engagement

Bestandsaufnahme (in Deutschland)

- a) Das Thema ehrenamtliche Pflege wird in Deutschland breit diskutiert:
- die Geldmittel für die Pflege bei Pflegeversicherungen gehen zurück
 - auf der einen Seite ist man auf Ehrenamtliche angewiesen, auf der anderen Seite gefährden sie die Arbeitsplätze von ausgebildeten

Pflegekräften

- es wird immer üblicher, ehrenamtliche Arbeit zu bezahlen
- es gibt neue Formen von Engagement, zum Beispiel in Wohngemeinschaften, aber auch in Heimen
- „Unsichtbare“ Pflegeaufgaben werden vor allem von Frauen übernommen
- ausgebildete Pflegekräfte sehen das ehrenamtliche Mitwirken problematisch: auf der einen Seite begrüßen sie es, auf der anderen Seite beklagen sie die geringere **Qualität** dieser Arbeit
- ehrenamtlich Engagierte gelingt es immer wieder, so einen Zugangsweg zu einer beruflichen Tätigkeit zu finden.

b) Daten

Aus der Freiwilligen-Umfrage von 2009 kann man wichtige Erkenntnisse entnehmen:

- nur eine kleine Gruppe von Engagierten sind in der Gesundheitspflege beschäftigt
- vor allem Ältere engagieren sich für Ältere
- Menschen, die sich in der Pflege engagieren, sind überdurchschnittlich gut ausgebildet,
- es sind oft allein-stehende Menschen,
- ihnen geht es meist finanziell gut,
- sie leben eher auf dem Land
- sie beteiligen sich meist auch anderweitig,
- sie leisten ungefähr 10-20 Stunden im Monat freiwillige Arbeit.
- Ungefähr 10% der Pflege-bedürftigen werden von Ehrenamtlichen gepflegt.

Bestandsaufnahme und Daten (in Baden-Württemberg)

a) **Tradition**

Ehrenamtliche in der Pflege gibt es in Baden-Württemberg schon lange. Das zeigen viele Beispiele.

b) **Praxis**

In Baden-Württemberg und Bayern gibt es die meisten ehrenamtlich engagierten Menschen. Trotzdem ist deren Zahl noch gering.

c) **Recht**

In Baden-Württemberg gibt es seit 2011 ein Gesetz, das sich mit ehrenamtlichem Engagement befasst.

Darin ist zum Beispiel geregelt, wie viel Geld man als Ehrenamtlicher erhält.

(Aufwandsentschädigung / Übungsleiterpauschale).

d) **Daten**

Die Umfrage in Deutschland von 2009 hat ergeben, dass sich in Baden-Württemberg doppelt so viele in der Pflege engagieren als im übrigen Deutschland.

Diskussionen und Problem-Darstellungen

1. Die Bedeutung der Gemeinden

Je mehr eine Gemeinde sich bemüht, Ehrenamtliche in der Pflege zu unterstützen, desto mehr Menschen engagieren sich.

2. „Who cares“ („Wer sorgt sich?“) als öffentliches Thema

Das Thema „Wer sorgt sich?“ ist ein Thema, das in den nächsten Jahrzehnten immer wichtiger wird.

3. Ausgebildete Pflegekräfte – Ehrenamtliche

Die beruflichen Pflegekräfte sollen die *eigentlichen* Pflegeaufgaben (Cure) übernehmen.

Die Ehrenamtlichen können in allen anderen Bereichen eingesetzt werden (Care).

4. Bezahltes Engagement

Nebenberufliche Tätigkeiten werden als wichtig angesehen.

Es sollte aber eine klare Unterscheidung zu ehrenamtlichem Engagement geben.

Ordnung der Vielfalt

Es folgt eine Tabelle, die eine Übersicht über die Vielfalt des Engagements gibt:

((Tabelle S. 37/38))

Ausblick in die Zukunft

Das Bild von der Zukunft ist das einer sorgenden Gemeinschaft:

- Hier wird der zu versorgende Mensch als Mensch im Ganzen gesehen.
- Pflege wird als Aufgabe gesehen, die von allen unterstützt wird.
- Pflege darf nicht einsam machen.
- Betreuung darf nicht krank machen.
- Pflegebedürftige gehören zur Gemeinschaft. Sie sind kein „Pflegefall“. Sie sollen teilhaben an Gottesdiensten, Fußballspielen, Festen, **USW.**
- Männer und Frauen sowie Alte und Junge

engagieren sich in gleicher Weise.

Empfehlungen, Maßnahmen

1. Sorgende Gemeinschaft

Das Bild der sorgenden Gemeinschaft soll für alle Menschen gelten.

- Zusammenarbeit von Verbänden, dem Land und anderen zum Zustande-bringen einer „Sorgenden Gemeinschaft“
- Zusammenarbeit mit dem Südwest-Rundfunk (SWR) zum Thema „Sorgende Gemeinschaft“

2. Engagement und Teilhabe

Ehrenamtlich Engagierte sorgen dafür, dass pflegebedürftige Menschen am Leben teilhaben können.

Maßnahmen und Empfehlungen

- Aktion Verloren gegangene Wünsche / „Herzenswunsch“ (unterstützt durch Baden-Württemberg-Stiftung)
- In Förderprogrammen wird der Begriff „Betreuung“ vermieden und der Grundsatz der Teilhabe betont.

3. Gemeinden stärken

Es ist ein neues Landes-Pflege-Gesetz geplant. Dort wird stehen, wie das Land die Gemeinden in Bezug auf Pflege unterstützen will.

Die Politik fordert, dass die Gemeinden stärker Ehrenamtliche bei der Pflege einbeziehen.

4. Das Engagement in der Pflege ist vielfältig und soll sich an Werten ausrichten

Die Maßnahmen und Empfehlungen dazu:

- Handbuch und Internet-Auftritt zum Engagement in der Pflege
- Leitbild „Engagement“ in jeder Gemeinde

5. Berufliche und freiwillige Tätigkeiten in der Pflege unterscheiden

Es muss klar zwischen beruflicher Tätigkeit und freiwilliger Tätigkeit unterschieden werden. Menschen, die Mini-Job-Arbeit leisten, sollen nicht als Ehrenamtliche bezeichnet werden. Das Mit-einander von beruflicher Tätigkeit und ehrenamtlicher Tätigkeit soll gefördert werden. Fachleute und Ehrenamtliche werden Empfehlungen zu diesem Punkt aus-arbeiten. Die „Betreuungs-Angebote-Verordnung“ wird über-arbeitet.

6. Selbst-Organisation stärken

- Die Pflege wird von vielen Personen und Organisationen betrieben. Die Voraus-setzungen dieser Hilfe-Vielfalt soll untersucht und beschrieben werden. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden veröffentlicht.
- Beratungs-Stellen werden gefördert.
- Schulungen werden angeboten.

7. Engagement und Sorge lernen

In den Schulen sollen verstärkt Sozial- Praktika angeboten werden. Das bietet den Schülern die Möglichkeit, sich über Pflege-Berufe zu informieren.

- Das Fach „Verantwortung“ soll nach dem Vorbild der Evangelischen Schule in Berlin eingeführt werden.

8. Infrastruktur öffnen

Das bedeutet:

Menschen in jedem Alter, Deutsche und Menschen mit Einwanderung-Geschichte sollen die sorgende Gemeinschaft bilden.

Alter und Engagement

Da es bei uns immer mehr ältere Menschen gibt, bekommen sie beim ehrenamtlichen Mitwirken eine große Bedeutung.

I. **Arbeitsweise des FET**

Das FET bietet seine Texte im Internet an. Dort kann man etwas dazu schreiben oder Texte bearbeiten.

II. **Bestandsaufnahme**

1. Daten

Wenn Menschen aus dem Beruf gehen, nimmt oft auch ihr ehrenamtliches Mitwirken ab.

Dies trifft besonders auf Männer zu.

Menschen, die aus dem Beruf gehen, sollen daher verstärkt angesprochen werden, sich ehrenamtlich zu betätigen.

Untersuchungen nennen folgende Gründe für das ehrenamtliche Mitwirken:

- Freude am Tätigsein
- Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen
- Kontakte knüpfen
- etwas bewegen wollen

Bei alten Menschen steht die Freiwilligkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit im Vordergrund.

2. Gedankenaustausch

Engagement und Alter haben folgende Schwerpunkte:

- Engagement wirkt positiv auf die Gesundheit, hält aktiv und bietet Sinn.
- Die Politik überlegt sich, einen Pflichtdienst für Ältere einzuführen. Das ist sehr umstritten.
- Das Leitbild der sorgenden Gemeinschaft sagt Folgendes aus:

Ältere Menschen sollen sich fürsorglich engagieren, aber auch Fürsorge empfangen.

- Hindernisse für das Engagement sind:
 - finanzielle Gründe
 - gesundheitliche Gründe
 - geringe Bildung

Diese Hindernisse sollen abgebaut werden.

- Alle Formen des Engagements sollen gewürdigt werden.

Beispiel: Das Engagement in der Nachbarschaft oder in der Familie ist genauso viel wert wie das Engagement im Gemeinderat.

III. **Daten zum bürgerschaftlichen Engagement in Baden-Württemberg**

a) **Tradition**

Unser Land hat eine lange **Tradition**, was die Fürsorge für alte Menschen angeht.

Hier sind genannt: das Programm „Senioren-Genossenschaften“, die „Initiative 3.

Lebensalter“ und die Gründung der ARBES

(Arbeitsgemeinschaft des. Bürgerschaftlichen Engagements. in Baden-Württemberg).

Baden-Württemberg hat auch das Programm „Senioren-Büros“ aufgenommen. Sie dienen als Anlaufstelle.

Baden-Württemberg war auch am Bundes-Programm „Alten-Hilfe-Strukturen der Zukunft“ beteiligt.

Ebenso waren Gemeinden am Bundes-Programm „Aktiv im Alter“ beteiligt.

Auch der „Freiwilligen-Dienst“ (Bufdi) wurde in Baden-Württemberg eingerichtet.

b) Daten und Ergebnisse

In Baden-Württemberg engagieren sich viele Menschen.

Das gilt auch für ältere Menschen.

IV. Leitbilder für ein Engagement im Alter

Eine Gruppe von Fachleuten hat 4 Leit-Bilder dafür erarbeitet:

- Selbstständigkeit
- Selbst-Verantwortung
- Mit-Verantwortlichkeit
- Annehmen von Abhängigkeit

V. Ausblick in die Zukunft

- Das Engagement älterer Menschen schützt vor Allein-sein und Ausgrenzung.
- Das Engagement älterer Menschen beugt Streitigkeiten zwischen den Generationen vor.
- Das Engagement älterer Menschen darf nicht zur Pflicht gemacht werden.
- Das Engagement älterer Menschen kann nicht bezahlt werden. Es müssen aber Bedingungen geschaffen werden, damit für diese Menschen keine Kosten entstehen.
- Das Engagement älterer Menschen unterstützt das lebens-lange Lernen.

VI. Empfehlungen und Maßnahmen

1. Ältere Menschen dürfen mit ihrem Engagement nicht zum Lücken-büßer der Gesellschaft werden.
2. Ältere Menschen sollen sich nicht nur für ältere Menschen engagieren.
3. Die Bedingungen für ein Engagement müssen verlässlich sein (Ansprech-Partner, Gelder,...)
4. Ältere Menschen sollen die Gelegenheit zu Fortbildungen bekommen.
5. Die Bedeutung des Engagements soll in der Öffentlichkeit gewürdigt werden.

Einbezug und Teil-habe von Menschen mit Behinderungen

In allen Lebens-bereichen sollen Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit haben, ohne Hindernisse teilzuhaben.

Erste Handlungsebene

1. Parteien sollen bei der Auf-stellung ihrer Wahl-programme die Wünsche von Menschen mit Behinderungen berück-sichtigen.
2. Öffentliche Sitzungen sollen ohne Hindernisse durchgeführt werden (Zugang zu Räumen, Zugang zu Inhalten).
3. Menschen mit Behinderungen sollen in Gemeinden stärker mitwirken.
4. Die Arbeiten aller Beiräte soll gefördert werden.
5. Menschen mit Behinderungen sollen ohne rechtliche Einschränkung das aktive Wahl-Recht und das passive Wahl-Recht nutzen können.

Zweite Handlungsebene

6. Die Selbsthilfe von Menschen mit Behinderungen muss mehr gefördert werden.
7. „Zentren für selbst-bestimmtes Leben“ sollen in ganz Baden-Württemberg eingerichtet werden.
8. Beratung von Menschen mit Behinderungen durch Menschen in gleichen Lebenssituationen soll gefördert werden.
9. Es sollen hauptamtliche und ehrenamtliche Vermittler ausgebildet werden.
Sie haben die Aufgabe, Unterstützer-kreise aufzubauen und zu begleiten.
10. Das Land soll geeignete Paten gewinnen und fördern.

11. Bei *Wettbewerben* soll das Land das Engagement von Menschen mit Behinderungen stärker beachten.
12. Das Land soll vor allem Jugendliche mit Behinderungen unterstützen.
13. Vermittler sollen die ehrenamtliche Arbeit von Menschen mit Behinderungen in die Wege leiten und begleiten.

Dritte Handlungsebene

Zur Zeit wird ein Gesetz erarbeitet.

Es heißt „Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz“. Menschen mit Behinderungen sollen stärker als bisher mitbestimmen können, wo und wie sie wohnen möchten.

14. Menschen mit Behinderungen sollen folgende Mitwirkungsrechte ausüben können:
 - Vertretung der Bewohner in Heimen
 - Vertretung der Menschen mit Behinderungen beim betreuten Wohnen
15. Menschen mit Behinderungen sollen mitbestimmen, wie ihr Alltag gestaltet wird.
16. Menschen mit Behinderungen sollen für ihre eigene Wohnung den Mietvertrag selbst unterschreiben dürfen.
17. Menschen mit Behinderungen haben in Wohnungs-genossenschaften die gleichen Rechte wie alle anderen Mieter.
18. Behinderten-gerechter Wohnungsbau muss unterstützt werden durch
 - örtliche Bauämter
 - Architekten und Bauhandwerker

Förderung im Bereich Arbeit

19. Aufbau von örtlichen **Netzwerken**
20. Unternehmer sollen Menschen mit Behinderungen den Weg in die Arbeit erleichtern:

- Die Arbeitsbedingungen sollen ohne Hindernisse gestaltet sein.
 - Jugendliche mit Behinderungen sollen im Betrieb ausgebildet werden.
 - Die Firmen sollen genügend Praktikums-plätze und Arbeits-plätze zu Verfügung stellen.
 - Die Firmen sollen mit Werkstätten für behinderte Menschen zusammenarbeiten.
21. Das Land soll **Sozial**-Genossenschaften fördern.
22. Menschen mit Behinderungen sollen stärkere Mitbestimmungs-rechte an ihrem Arbeitsplatz erhalten.

Förderung im Bereich Bildung

In Zukunft sollen Menschen ohne Behinderungen und Menschen mit Behinderungen (wenn sie es möchten) gemeinsam lernen.

Dafür bietet die Gemeinschafts-schule gute Möglichkeiten.

Hochschulen und andere Einrichtungen der Erwachsenen-bildung müssen in Zukunft mehr auf Menschen mit Behinderungen eingehen.

23. In Bildungs-einrichtungen für Kinder müssen behinderte Kinder und ihre Eltern verstärkt mitwirken können.

24. Ehrenamtliche Begleiter sollen die Lehr-kräfte unterstützen.

25. Fördervereine von Kindergärten und Schulen sollen helfen die Teilhabe von Kindern mit Behinderungen zu fördern.

26. Die vielfältigen Vorhaben in Baden-Württemberg sollen Kinder-tagesstätten und Schulen usw. bekannt gemacht werden.

Förderung im Bereich Vereine (Beispiel: Sportvereine)

Die Bedeutung der Vereine, vor allem der Sportvereine für Menschen mit Behinderungen ist groß.

27. Vereine und Verbände müssen auf die Wünsche und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen eingehen.

28. Gemeinden müssen Vereine gezielt zu Folgendem auffordern:

- Hindernis-freier Zugang zu Sport-stätten und Vereins-heimen

- Vorhaben für Menschen mit Behinderungen und für Menschen ohne Behinderungen müssen mit Geld unterstützt werden.

29. Vereine aus verschiedenen Orten sollen dabei zusammen-arbeiten.

30. Das Land Baden-Württemberg soll:

- Mitarbeiter der Vereine zu Vermittlern weiter-bilden

- Bestehende Vorhaben sollen überall bekannt gemacht werden.

Beispiele: „Sterne des Sports“, „Behinderten-sport macht Schule“ oder „BISON“ (Baden-Württemberg inkludiert Sportler ohne Norm)

31. **Netzwerke** auf Gemeindeebene und auf Landesebene sollen gefördert werden und miteinander verknüpft werden.

Jugend- und Freiwilligendienste

Überblick

Viele Jugendliche engagieren sich:

In Sportvereinen, in der Kinder- und Jugendarbeit, in der Kirche und in der Schule.

Als Beweg-gründe werden in folgender Rang-reihenfolge genannt:

- Spaß, - für andere da sein, - etwas lernen,
- mit anderen zusammen sein,
- Arbeits-chancen verbessern

Allerdings geht die Zahl der engagierten Jugendlichen zurück.

Das liegt unter anderem an höheren Anforderungen in der Schule und in der Hochschule. Es liegt auch an der unsicheren Lage in der Zeit zwischen Schule und Beruf.

Jugendliche aus bildungs-fernem Umfeld und Jugendliche mit Migrations-hintergrund engagieren sich weniger.

Jugendliche, die sich früh engagieren, tun dies meist auch später.

Daher ist es wichtig, schon das Engagement von Jugendlichen zu fördern.

Maßnahmen und Empfehlungen

1. Jungendliches Engagement im Wandel

Engagement bedeutet:

Übernahme von Verantwortung für Personen oder eine Sache.

Jugendliche, die am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, engagieren sich häufiger.

Das ist auch ein Grund dafür, das Wahlalter herab-zu-setzen.

Empfehlungen:

- Kinder und Jugendliche an Planungen von Vorhaben und Vorhaben selber beteiligen

- die jugendlichen Ausdrucksformen sollen berücksichtigt werden
- öffentliche Räume sollen geschaffen werden

2. Die neue Rolle von schulischer und außer-schulischer Jugend-bildung

Die Änderung der Rolle ergibt sich durch die Ganztages-schule und eine verkürzte Schulzeit. In der Schule sollen Möglichkeiten zum Engagement geschaffen werden.

Empfehlungen:

- Das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts in der Jugend-arbeit soll ausgeweitet werden. Frei-stellungen und Ersatz für Lohn-ausfall soll geprüft werden.
- Schulen sollen stärker mit außer-schulischen Einrichtungen zusammenarbeiten.
- Die Schüler-mitverantwortung (SMV) soll gestärkt werden.
- An Hochschulen sollen Leitbilder entwickelt werden. Engagement soll darin eine Rolle spielen.
- In den ersten 4 Wochen der Schul-sommer-ferien sollen keine Prüfungen und Veranstaltungen an Universitäten und Hochschulen statt-finden. So wird es möglich, sich in Jugend-ferien-maßnahmen zu engagieren.
- Betriebe sollen ihren Lehrlingen ermöglichen, sich in **sozialen** Einrichtungen zu engagieren.
- Beispiele des „Service-Learnings“ (Lernen durch Engagement) bekannt machen

3. Jugend auf dem Land

Auf dem Land wird es in Zukunft sehr viel weniger Jugendliche geben.

Orte auf dem Land brauchen mehr Hauptamtliche, die das Ehrenamt von Jugendlichen fördern.

Auf dem Land sind oft weite Strecken zurück-zu-legen. Für das Engagement ist es wichtig, dass Orte besser erreichbar sind.

Empfehlungen:

- Unterstützung von Vereinen, Kirchen und Organisationen
- Vernetzung fördern mit schon bestehenden Angeboten (zum Beispiel Kreis-jugend-ringe)
- Ausbau des Busverkehrs und Bahnverkehrs und Ausbau von Mitfahr-gelegenheiten

4. Freiwilligendienste

Freiwilligendienste haben eine große Bedeutung für späteres Engagement und für die Berufsfindung von Jugendlichen.

Allen Jugendlichen soll die Möglichkeit gegeben werden, einen Freiwilligendienst abzuleisten, auch Jugendliche mit Behinderungen oder Geldproblemen.

Empfehlungen

- Mehr Geld vom Land für Freiwilligendienste:
Vorschlag: 500 € pro Jahr und Person
- Die Platz-zahlen im **Freiwilligen ökologischen Jahr** (FÖJ) sollen erhalten oder ausgebaut werden.
- Angleichung des **Bundesfreiwilligendienstes** (Bufdi) an FSJ (**Freiwilliges soziales Jahr**) und FÖJ.
- Für Jugendliche mit Behinderungen soll ein Teilzeit-einsatz möglich sein.
- Jugendlichen aus *allen* Ländern soll der Zugang zum Freiwilligendienst erleichtert werden.

5. Öffentlichkeits-arbeit

Jugendliche müssen besser über freiwilliges Engagement informiert werden.

In Baden-Württemberg engagieren sich zur Zeit weniger Jugendliche als in ganz Deutschland. Deshalb müssen hier Anreize geschaffen werden.

Empfehlungen:

- gezielte landesweite Werbung, auch mit neuen Medien
- Bündelung von Informationen im Internet, Möglichkeiten schaffen, damit Jugendliche ihre Vorhaben vorstellen können
- Leitfaden erstellen mit Hinweisen und Empfehlungen
- öffentliche Wertschätzung des Engagements
- Vergünstigungen bei Bussen, Bahnen, Taxis usw. Beispiele: Freifahrtscheine, Bahn-cards, Taxigutscheine
- Engagement-nachweise sollen fest eingeführt werden.
- Engagement-nachweise sollen bei der Vergabe von Ausbildungs-plätzen und Studien-plätze berücksichtigt werden.
- gesetzliche Regelungen sollen Engagement fördern; Beispiele:
 - Verlängerung des Kindergelds
 - Befreiung von Gebühren
 - Erleichterung beim Wohngeld

6. Bedingungen für das Engagement

Die Bedingungen für das Engagement von Jugendlichen soll verbessert werden.
Beispiele: Abbau von **Bürokratie** , Freistellungen, Versicherungen.

Empfehlungen:

- Förderprogramme sollten besser verständlich und überschaubarer sein.
Die Bewerbung sollte einfach gemacht werden.
- Beratungsstellen (Beispiel: Jugend-ringe) sollen beim Antrag und bei der Abrechnung helfen oder selber Antrags-steller sein.
- Bestehende Förderungen sollen überprüft werden.

- Im Gesetz soll Bildungsurlaub für Jugendliche geregelt werden.
 - Hauptamtliche Kreis-beauftragte, die sich um das Engagement von Jugendlichen kümmern, sollen ausgebildet und fortgebildet werden.
 - Stellen für hauptamtliche Mitarbeiter, die engagierte Jugendliche begleiten, sollen in ausreichender Zahl geschaffen werden.
 - Besonders beachtet werden sollen Jugendliche, die sich bisher nicht engagieren.
- Es sollen einfache „Andock-möglichkeiten“ geschaffen werden.

CSR (Corporate Social Responsibility) Unternehmerisches gesellschaftliches Engagement

1. Zum Begriff CSR

1.1 Erklärungen

CSR steht für verantwortliches unternehmerisches Handeln in ihrem Kern-geschäft.

Nach einer Richtlinie der Europäischen Union (EU) bedeutet CSR

„die Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die **Gesellschaft**“.

1.2 Unser Verständnis von CSR

CSR verlangt die Einbeziehung von sozialen Belangen und Aspekten der Umwelt in alle unternehmerischen Handlungen.

CSR liefert Spiel-regeln zur Übernahme unternehmerischer Verantwortung.

1.3 Handlungsfelder im Überblick

Handlungsfeld Gemein-wesen

Unternehmen stellen Folgendes zur Verfügung:

- Zeit, -Geld, -Fachwissen, -Sachmittel
für Gemeinden und soziale Organisationen.

Unternehmen engagieren sich bei Folgendem:

- Spenden, - Sponsoring (Unterstützung mit Geld),
- Mitarbeiter-Freistellung.

Handlungsfeld Arbeitsplatz

Kern-themen dieses Handlungsfeldes sind:

- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten
- faire Bezahlung
- Mitarbeiter-gesundheit
- kollegialer Umgang

Handlungsfeld Umwelt

Betriebe kümmern sich um Umweltangelegenheiten.

Handlungsfeld Markt

- Fairer Umgang mit den Verbrauchern
- Fairer Umgang mit Geschäfts-partnern

2. Bestands-aufnahme

Unternehmen in Baden-Württemberg haben eine lange Tradition gesellschaftlichen Engagements. Die Universität Mannheim hat eine Professur für CSR eingerichtet.

An vielen Universitäten werden Inhalte des CSR vermittelt.

Im Folgenden werden Beispiele für CSR vorgestellt:

2.1 „Mittelstands-preis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg“

Die Caritas, das Finanz-ministerium und das Wirtschafts-ministerium verleihen diesen Preis seit 2007 an kleine und mittlere Unternehmen bis zu 500 Mitarbeitern.

2.2 Modell-projekt

„Unternehmen Bürgerschaftlich Engagiert“

In einem Zeitraum von 3 Jahren wurden in 5 Gebieten von Baden-Württemberg unterschiedliche **Projekte** durchgeführt und ausgewertet.

2.3 Projekt

„Gesellschaftliche Verantwortung im Mittelstand“

Dieses **Projekt** ist ein weiteres Vorhaben, das bis Ende 2014 in Baden-Württemberg verschiedene Projekt-ansätze erprobt.

2.4 Die Rolle der Gemeinden

Die Städte Reutlingen und Rottenburg zeigen beispielhaft auf, welchen Beitrag Gemeinden bei der Förderung von CSR leisten können.

Als wichtige Veranstaltungsform hat sich der „Soziale Marktplatz“ herausgestellt.

In einigen Gemeinden finden vielfältige Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Organisationen und Gemeinden statt.

Ein weiteres Projektbeispiel kommt aus Stuttgart.

„SIA (**S**tuttgart's **i**nnovative **A**rbeitgeber)-Verantwortung und Erfolg im Mittelstand“.

Ziel des Projektes ist es, Unternehmen für CSR zu gewinnen.

Ein Projekt mit dem gleichen Ziel gibt es in Ulm.

Es heißt „Ulmer Netzwerk gesellschaftliche Verantwortung im Mittelstand“.

2.5 Die Rolle von CSR in regionalen Netzwerken

In vielen Städten und Gemeinden haben sich CSR-Netzwerke gebildet.

Beispiele dafür sind:

- Heidelberg: Projekt „Nachhaltiges Wirtschaften“

- IHK (**I**ndustrie- und **H**andels**k**ammer) Rhein-

Neckar: Sie hat Begegnungsmöglichkeiten zum Informationsaustausch geschaffen.

- Kirchheim: CSR-Netzwerk „Kirchheimer Unternehmen übernehmen gesellschaftliche Verantwortung“

- Initiative „gemeinsam gewinnen“ des baden-württembergischen Genossenschaftsverbandes, der Caritas und der Diakonie in Baden

- Heilbronn – Franken:

Initiative der Bertelsmann-Stiftung „Unternehmen für die Region“

Sie beschäftigt sich mit den Themen gesellschaftlicher Wandel und Eingliederung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

2.6 Die Rolle von CSR in der Gesellschaft am Beispiel der Wohlfahrts-verbände

Das CSR-Kompetenz-zentrum der Caritas in Deutschland wurde 2011 in Stuttgart eingerichtet. Seine Aufgaben sind die Beratung und Begleitung von karitativen (wohltätigen) Einrichtungen bei der Entwicklung von CSR-Programmen. Der Paritätische Wohlfahrts-verband ist seit 2003 als Mittler-organisation tätig.

3. Analyse

3.1 Gegenwärtige fachliche Erörterung

Folgende Punkte werden zur Zeit diskutiert:

Die Frage der Freiwilligkeit von CSR

Die Einführung von CSR bei Unternehmen ist freiwillig.

Die Europäische Union (EU) möchte, dass Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern jährliche Angaben zu folgenden Punkten machen:

- Umweltbelange
- soziale Belange
- Arbeitnehmerbelange
- Menschenrechte
- Bekämpfung von Bestechung

Die deutsche Regierung und die deutsche Wirtschaft möchten das aber nicht.

Die Unternehmen geben als Grund zu hohe Kosten an.

Die fehlende Messbarkeit von CSR-Maßnahmen

Es gibt bisher noch keinen Ansatz, wie Daten aus dem Unternehmen hinreichend (im Sinne von CSR) gemessen werden können.

Die fehlende Über-prüfbarkeit der unternehmerischen Verantwortung von unabhängiger Seite

Fachleute verwenden folgende Begriffe:
Greenwashing und Blackpainting.

- Greenwashing: Unternehmen geben ein umwelt-freundliches Bild von sich ab, obwohl es dafür keine hinreichende Grundlage gibt.
 - Blackpainting: Unternehmen werden kritisiert, obwohl sie sich an gesetzliche Regeln halten und soziale Verantwortung übernehmen.
- Ihr Arbeits-gebiet ist allerdings umstritten (zum Beispiel herkömmliche Energiegewinnung).

3.2 Erkenntnisse aus den Gesprächen des FET CSR

Es lassen sich 3 Schwerpunkte zusammenfassen:

1. Einige große Unternehmen haben CSR bereits als Bestandteil ihrer geschäftlichen Vorgehensweise.

Bei kleineren und mittleren Unternehmen kommt es meist auf das Vorbild der Inhaber an.

FET CSR möchte erreichen, dass CSR zum Teil einer Firmen-Weltanschauung wird.

Offt ist CSR jedoch noch unbekannt.

2. Es gibt bisher noch unterschiedliche Wissensstände über CSR.

Folgende Maßnahmen für Unternehmen und Sozial-partner werden vorgeschlagen:

- Fortbildungsangebote
 - **Qualifizierungs**-angebote
 - **Qualifizierungs**-materialien (zum Beispiel Handreichungen oder Leitfäden)
 - CSR-Anlaufstellen
 - Gesprächs-kreise und **Netzwerk**-treffen zum gegenseitigen Informations-austausch
3. Unternehmen möchten, dass ihre CSR-Tätigkeiten öffentliche Anerkennung und Würdigung erhalten.

Beispiele:

- öffentliche Bericht-erstattung
- Wettbewerbe und Preise
(„Mittelstandspreis für soziale Verantwortung“)

3.3 Kritische Würdigung des Begriffes CSR

Im FET wurde diskutiert, ob es für den englischen Begriff CSR (Corporate Social Responsibility) eine passende deutsche Übersetzung gibt.

Da der Begriff CSR aber auch im Ausland verwendet wird, macht eine Übersetzung ins Deutsche keinen Sinn.

4. Empfehlungen

Diese Empfehlungen richten sich an die Politiker des Landes, an die Gemeinden, an die Wirtschaft, an die Wohlfahrts-verbände und an die Bildungs-Träger:

- Entwicklung und Umsetzung einer landes-weiten CSR-Werbung

Ziel ist es, die Marke „CSR in Baden-Württemberg“ zu entwickeln.

- Weiterentwicklung von CSR- **Qualifizierungs-**Angeboten
- Bereitstellung von CSR-materialien:
 - Schulungsunterlagen, - Leitfäden, usw.
- Veranstaltungen zu CSR sollen ins Leben gerufen werden und unterstützt werden.

Bewertung der Empfehlungen durch die Landes-Regierung

Die „Engagement-Strategie Baden-Württemberg“ soll dazu beitragen, dass alle Menschen ein Zugehörigkeits-gefühl und ein Verantwortungsbewusstsein entwickeln können.

Die „Engagement-Strategie Baden-Württemberg“ bietet die Grundlage für eine gemeinsame und abgestimmte Engagement-förderung in allen **Ministerien**.

Bei der Umsetzung der Empfehlungen will die Landes-regierung mit gutem Beispiel vorangehen.

Folgende Partner haben zugesagt, die „Engagement-Strategie Baden-Württemberg“ mitzutragen:

- Kommunale Spitzen-verbände
- Die Verbände der Liga der freien Wohlfahrts-verbände
- Die ARBES e.V. (Arbeitsgemeinschaft des. Bürgerschaftlichen Engagements. in Baden-Württemberg)
- Die Fachkräfte aus den Gemeinden

Die Landes-regierung will bewusst auch *die* Menschen beteiligen, die bisher weniger im Blick-punkt standen. Mit anderen Worten: Es sollen „neue“ Zielgruppen einbezogen werden.

1. Handlungsebene Bund

Ein Problem ist die so genannte „Monetarisierung“ (Bezahlung) des bürgerschaftlichen Engagements.

Der Bund, aber auch die Landes-regierung wird deshalb die Ehrenamts-pauschalen und Übungsleiter-pauschalen prüfen.

Es soll vermieden werden, Ehrenamts-aufgaben zu 450 Euro-Jobs zu machen.

Die Landes-regierung wird gegenüber dem Bund für die Stärkung der Jugend-freiwilligen-dienste eintreten.

Die Landes-regierung möchte eine Angleichung des Bundes-freiwilligen-dienstes (Bufdi) an die Jugend-freiwilligen-dienste FSJ und FÖJ.

Die Landes-regierung spricht sich für die Erarbeitung eines Freiwilligen-dienste-gesetzes aus.

Von Seiten der Landes-regierung wird betont, dass die Freiwilligen-dienste nicht in Konkurrenz zueinander stehen sollen.

2. Handlungsebene Land

2.1 Maßnahmen und Regelungen

Die Landes-regierung wird ihr Augen-merk auf die Breite des Engagements und auf die Vielfalt jugendlicher Ausdrucks-formen legen.

Die Landes-regierung wird einen Internet-auftritt bereit-stellen, der sich „Wegweiser Engagement“ nennt.

Die Landes-regierung wird eine landes-weite Informations-kampagne für bürgerschaftliches Engagement in die Wege leiten.

Darin sollen Leit-bilder wie Corporate Social Responsibility (CSR) und „Sorgende Gemeinschaften“ bekannt gemacht werden. Dabei sollen auch neue Medien zum Einsatz kommen.

Beispiele: - Web 4.0, - Soziale Netzwerke, -Apps

Die Landes-regierung wird die Mentoren-ausbildung der Baden-Württemberg-Stiftung neu gestalten.

Die Landes-regierung wird bei der Neu-entwicklung der Qualifizierungs-angebote für die „Fachkräfte im Landes-netzwerk

Bürgerschaftliches Engagement“ (FaLBE)

folgendes berücksichtigen:

- Vermittlung von inter-kulturellen Fähigkeiten

- größeres Verständnis für die Vielfalt jugendlichen Engagements
- Möglichkeiten des **Welfare-Mix**
- „Andock-möglichkeiten“ für benachteiligte Jugendliche
- Die Landes-regierung wird **Migranten**-selbst-organisationen in das Landes-**Netzwerk** „Bürgerliches Engagement“ aufnehmen.
- Die Landes-regierung wird Mindest-maßstäbe für die **Träger** eines freiwilligen sozialen Jahres weiter-entwickeln und überprüfen.
- Die Landes-regierung wird ein breites „Bündnis für Freiwilligen-dienste“ anstoßen.
- Die Landes-regierung bittet die Hochschulen und andere Ausbildungs-stätten nach Möglichkeit in den ersten drei Wochen der Sommerferien auf Veranstaltungen und Prüfungen zu verzichten. Dadurch soll es möglich werden, dass sich Jugendliche in Jugend-ferien-maßnahmen engagieren können.
- Die Landes-regierung wird dafür sorgen, dass die Engagement-förderung für Menschen jeden Alters ausgestaltet wird.
- Die Landes-regierung wird dafür sorgen, dass die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt wird, zum Beispiel bei landesweiten Wettbewerben und Ausschreibungen und Preisen, die der Förderung von bürgerlichem Engagement dienen.
- Die Landes-regierung wird dafür sorgen, dass die Förder-programme einfach und mit möglichst wenig Aufwand gestaltet werden.
- Die Landes-regierung wird weiterhin besonderes Augen-merk haben auf die Förderung der Selbst-hilfe-vorhaben von Menschen mit Behinderungen und ihrer Angehörigen.

- Die Landes-regierung wird darauf achten, dass für Jugendliche neben der Schule Freiräume erhalten bleiben für ihr Engagement.

Der neue Bildungs-plan wird das Handlungs-feld „**Soziales** Engagement“ enthalten.

- Die Landes-regierung wird sich dafür einsetzen, dass die gesetzlichen Regelungen für die Gewährung von Bildungs-urlaub ausgebaut werden.

Damit soll jungen Menschen die **Qualifizierung** für bürgerschaftliches Engagement ermöglicht werden.

- Die Landes-regierung wird prüfen, wie Engagement-nachweise bei der Vergabe von Studien-plätzen und Ausbildungs-plätzen berücksichtigt werden können.

- Die Landes-regierung wird mit Trägern des FSJ besprechen, ob das Erlernen der Fähigkeit „Verantwortungsübernahme für andere“ in die Begleit-veranstaltungen aufgenommen werden können.

2.2 Maßnahmen für Entwicklungs-vorhaben

Bei der Vergabe von Entwicklungs-vorhaben soll Folgendes berücksichtigt werden:

- Teilhabe von Pflege-bedürftigen nach dem Vorbild der Aktionen „Verloren gegangene Wünsche“ und „Herzenswunsch“.

Auf diese Weise können pflege-bedürftige Menschen ihrerseits ihren Begleitern helfen, zum Beispiel in sprachlichen Belangen.

- Es sollen Menschen Menschen mit Behinderungen helfen, die selbst auf einem anderen Feld hilfe-bedürftig sind.

- Hilfe-suchende Menschen sollen von Menschen begleitet werden, die in einer ähnlichen Lebens-situation sind oder waren

- und ihre Probleme erfolgreich gelöst haben.
- Freiwillige **Inklusions**-begleiter und **Inklusions**-begleiterinnen sollen die schulische Arbeit von Lehrkräften ergänzen.
 - Die Ausdrucksformen des Engagements Jugendlicher stößt häufig auf Unverständnis. Dieses Unverständnis soll abgebaut werden. Es sollen daher auch Vorhaben Jugendlicher, die neue Formen ausprobieren, unterstützt werden.
 - Neue Medien sollen eine Rolle spielen, um so die Jugendlichen besser zu erreichen. Im Internet können junge Menschen und Menschen mit Bewegungseinschränkungen zusammenkommen.
 - Im ländlichen Raum soll eine bessere Vernetzung der Engagierten stattfinden. Gemeinden sollen dabei zusammenarbeiten.
 - Die Landesregierung empfiehlt, dass Ausschreibungen für Ehrenamtsvorhaben folgende Punkte berücksichtigen sollen:
 - 3-fache **Netzwerkbildung**:
Staat, Wirtschaft und Gesellschaft
 - Ortsübergreifende (**regionale**) Veranstaltungsformen
 - Gesprächskreise
 - Die Landesregierung empfiehlt für Vorhaben:
 - Lebensnahe Bildungsangebote für Personengruppen, die schlechte Zugangsmöglichkeiten zum Engagement haben
 - Die Landesregierung empfiehlt einen Wandel in Richtung „Vielfalt auf allen Ebenen“.
 - Die Landesregierung empfiehlt die Öffnung der einzelnen Kulturen und „geschlossenen Engagementwelten“.
Beispiel: Vereine auf der einen Seite, **Migrantenselbstorganisationen** auf der anderen Seite planen gemeinsame Vorhaben.

- Die Landes-regierung empfiehlt Folgendes in den Landkreisen bleibend aufzubauen oder auszubauen:
 - Zusammen-führung von Ansprech-stellen
 - **Netzwerke**
 - **Integrations-** pläne
 - Informations-angebote im Bereich
Zuwanderung
- Die Landes-regierung empfiehlt, das Wissen, die Fähigkeiten, die Erfahrungen und Werte von Menschen mit Zuwanderungs-geschichte an-zu-erkennen und wert-zu-schätzen.
- Die Landes-regierung empfiehlt Engagement-vorhaben an den Orten an-zu-docken, wo sich Menschen ohnehin aufhalten.
- Die Landes-regierung empfiehlt, besonders im Bereich der Umwelt-gestaltung Engagement zu fördern.
Beispiel: Ausbau eines „Urban-Gardening-Projekts“

3. Handlungsebene Gemeinde

Die Landes-regierung bittet die Gemeinden und Landkreise und deren politische Vertreter:

- auf die Würdigung des Engagements in der Öffentlichkeit zu achten
- jugendliches Engagement zu fördern
- Jugend-beteiligungs-entwicklungen zu stärken und aus-zu-bauen
- zu prüfen, ob billigere Preise bei Bus und Bahn als Anerkennung für jugendliches Engagement dienen kann
- die Öffnung der **Kulturen** durch bleibende Angebote voran-zu-treiben
- „Brücken-personen“ und „Übersetzer“ für Engagement zu entdecken und zu fördern
- die Teilhabe-förderung in der Altenhilfe

ein-zu-beziehen

Beispiel: „Familien-freundliche **Kommunen**“

- zu prüfen, wie die Empfehlung umgesetzt werden kann,
öffentliche Sitzungen der Kreistage, der Stadträte und der Gemeinderäte ohne Hindernisse durch-zu-führen.
Und zwar in Bezug auf **Methoden**, Medien und persönlicher Begleitung, um so Teilhabe und Mitwirkung zu ermöglichen.
- zu prüfen, wie die Empfehlung umgesetzt werden kann,
bei der Erstellung und Fort-schreibung von Teilhabe-plänen die Schaffung von geeigneten Bedingungen für die Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen.
- die Arbeit aller Beiräte zu fördern
- Menschen mit Behinderungen in allen Belangen zu berücksichtigen

4. Handlungsebene Verbände, Vereine

Die Landes-regierung bittet die Verbände und Vereine und Parteien

- darauf zu achten, dass Engagement öffentlich gewürdigt wird
- in den Wahl-programmen die Anliegen von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen und sie beim **aktiven und passiven Wahlrecht** zu unterstützen
- zusätzliche Anreize für die Teilnahme an einem Freiwilligen-dienst zu schaffen
- die **kulturelle** Öffnung voran-zu-treiben
- ihre Öffentlichkeits-arbeit **kultur**-sensibel zu gestalten

- sich besonders um die 2. Generation von Menschen mit Zuwanderungs-geschichte zu kümmern
- in Engagement-felder mit hoher Wert-schätzung besonders Jugendliche mit Behinderungen ein-zu-beziehen
- das Thema Teilhabe von Menschen mit Behinderungen noch stärker in die **Gremien** und in die Weiter-bildung hinein-zu-tragen
- gemeinde-übergreifend und in **Netzwerken** in Bezug auf **Inklusion** zusammen-zuarbeiten
(Grund: weniger Geld, weniger Personen)

5. Entwicklungs-möglichkeiten für die Zukunft - Über-führung in andere Vorhaben der Landes- regierung

- Wenn es um Vorhaben geht, an denen Kinder und Jugendliche beteiligt sind, darf nichts zu Lasten von Kindern und Jugendlichen entschieden werden.
- In Vereinen und Verbänden soll es selbst-verständlich werden, dass es auf allen Ebenen eine Öffnung hin zur Vielfalt gibt.
- Die Landes-regierung wird im „Zukunfts-plan Jugend“ die Förderung von Jugend-räumen in Baden-Württemberg aufgreifen.
- Die Landes-regierung wird im „Zukunfts-plan Jugend“ folgende Empfehlung aufgreifen: die Stärkung der Jugend-beteiligung und die Engagement-förderung Jugendlicher in benachteiligten Lebens-lagen.
- Die Landes-regierung wird für die Arbeit mit Menschen unter-schiedlicher **kultureller** Wurzeln zusätzliche Freiwilligen-dienst-stellen unterstützen.
- Im „Zukunfts-plan Jugend“ wird Folgendes aufgenommen:

Ausbau der Zusammen-arbeit von Schule mit außer-schulischen Einrichtungen der Jugend-bildung.

- Im „Zukunfts-plan Jugend“ wird des Weiteren Folgendes aufgenommen:

Organisationen außer-schulischer Jugend-bildung sollen bei der Weiter-entwicklung von außer-schulischen und schulischen Vorhaben mit-wirken.

- Im „Zukunfts-plan Jugend“ wird Folgendes umgesetzt:

Vereine, Organisationen und Kirchen, die das soziale Leben auf dem Land prägen, bekommen für die Weiter-entwicklung ihrer Engagement-angebote Folgendes:

- Beratungs-angebote
- Unterstützungs-angebote
- **Qualifizierungs**-angebote

- Im „Zukunfts-plan Jugend“ wird auch umgesetzt, dass die **regionale** Vernetzung jungen Engagements Bestehendes nutzen kann, zum Beispiel den Kreis-jugend-ring.

- Folgender Empfehlung wird die Landes-regierung nicht folgen:

Alle Freiwilligen im FSJ sollen mit 500 € pro Jahr gefördert werden.

Ebenso lehnt die Landes-regierung ab, die Platz-zahlen für das FÖJ zu erhöhen.

- Die Landes-regierung hat folgende Empfehlung bereits umgesetzt:

Die Anpassung bestehender Förderungen und Förder-sätze der außer-schulischen Jugend-bildung

(Auf-stockung von 34,5 Stellen auf 56,5 Stellen).

- Die Landes-regierung kann folgende Empfehlung derzeit nicht aufgreifen:

Verwaltungs-vorschriften umschreiben und den Begriff der Betreuung vermeiden.

- Die Landes-regierung begrüßt folgende Empfehlung:

Eine **Experten**-gruppe mit Engagierten schreibt Empfehlungen zum Thema Bezahlung von ehrenamtlichen Tätigkeiten.

- Die Landes-regierung begrüßt Folgendes:

Den **Welfare-Mix** anregen, seine Voraussetzungen untersuchen, beschreiben und Informationen darüber verbreiten.

- Die Landes-regierung plant „senioren-politische Werkstatt-gespräche“.

Damit wird der Empfehlung entsprochen, eine breite **Diskussion** über die Herausforderungen der immer älter werdenden Gesellschaft zu führen.

- Die Landes-regierung hält folgende Empfehlung für nicht umsetzbar:

„Auf die Beauftragung einer rechtlichen Betreuung von Menschen mit Behinderungen soll in allen Angelegenheiten verzichtet werden.“

- Die Landes-regierung kann folgende Empfehlungen so nicht umsetzen:

Den Aufbau und die Aufgaben von „Zentren für selbst-bestimmtes Leben“ fördern.

Bei diesen Zentren handelt es sich um **regionale** Einrichtungen. Diese dürfen gegenüber anderen Einrichtungen nicht bevorzugt werden.

- Folgende Empfehlungen können einfließen in den Landes-aktions-plan zur Umsetzung der Behinderten-rechtsvereinbarung der Vereinten Nationen:

- **Inklusive** Zukunfts-sicherung und Zukunftsplanung durch Ehrenamtliche und Vermittler fördern

- Persönliche Begleitung durch engagierte Menschen fördern

Beispiele: Paten, Begleiter, Lotsen

- Folgende Empfehlung wird im neuen **Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz (WTPG)** berücksichtigt:
Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung im Bereich Wohnen.

- Folgende Empfehlung wird in den Landesaktionsplan zur Umsetzung der Behindertenrechtsvereinbarung der Vereinten Nationen aufgenommen:

Förderung des bürgerlichen Engagements und der Beteiligung im Bereich Arbeit.

- Die Landesregierung begrüßt folgende Empfehlung:

Förderung der Mitwirkung und **Inklusion** im Bildungsbereich.

6. Handlungsebene Bürgerinnen und Bürger

Baden-Württemberg kann stolz darauf sein, dass sich so viele Bürgerinnen und Bürger engagieren. In den Arbeitsgruppen (**FETs**) hat sich gezeigt, dass es viele Menschen gibt, die sich gerne in Zukunft einbringen wollen oder die es jetzt schon tun.

Die Arbeit war in allen Arbeitsgruppen sehr fruchtbar.

Die Ergebnisse zeigen das.

Bei den weiteren Entwicklungen hofft das Land auf dieser Zusammenarbeit aufbauen zu können.

Die vielen guten **Ideen** sollen nun mit Leben gefüllt werden.

Dabei kommt es auf *jeden* Menschen an.

Nur zusammen gelingt es,

das Zusammenleben so zu gestalten,

dass alle Menschen gut miteinander leben können.